

UKRAINEKRIEG: WIE GEHT ES IN RUSSLAND WEITER?

Angesichts des durch Russlands militärischen Überfall der Ukraine ausgelösten Krieges, der länger andauern dürfte, stellt sich die Frage: Wie geht es weiter in Russland? Dabei sind zwei Szenarien denkbar: mit Putin und ohne Putin.

Mit Putin

Aufgrund der im April 2020 geänderten Verfassung- wohl auch mit Blick auf seinen Ukrainekriegsplan -, welche die bisherigen vier Amtszeiten des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf Null setzte, kann er nach dem Auslaufen seiner aktuellen sechsjährigen Amtszeit 2024 wieder kandidieren und danach 2030 noch einmal. Das bedeutet, dass er bis 2036 Präsident sein kann, länger aber nicht mehr, und es ist davon auszugehen, dass er 2024 wieder kandidieren wird, wenn der Ukraine-Krieg bis dahin nicht beendet ist, was meiner Meinung nach angenommen werden kann.

Putin wird kaum zurücktreten; ein Sturz Putins durch das Militär oder durch die Geheimdienste, die sich untereinander misstrauen, ist nicht zu erwarten. Auch die Ermordung Putins ist als ein Selbstmordattentat anzusehen und dürfte als Variante ebenfalls ausfallen.

Die Aggressivität nach außen erfordert Aggressivität nach innen. Wenn gewaltsam zu verhindern versucht wird, dass sich die Ukraine - trotz des achtjährigen Krieges im ostukrainischen Donbass - allmählich in ein demokratisches Land mit zunehmendem Wohlstand zu einem Alternativmodell zu Russland entwickelt, muss im Innern von Russland dafür gesorgt werden, dass die westlichen Freiheits- und Menschenrechtsideen, die der menschlichen Natur entsprechen und deshalb mittel- bis langfristig siegen werden, keine Resonanz mehr finden, von der Kritik am Krieg - die Benutzung des Wortes „Krieg“ zur Bezeichnung der Spezialoperation in der Ukraine kann bis zu 15 Jahren Haft einbringen - einmal ganz abgesehen. Zwischen Februar und Dezember 2022 wurden in Russland mehr als 20.000 Menschen aus politischen Gründen festgenommen. Im Juli 2022 wurde eines der ursprünglichen Kriterien für die Registrierung beim russischen Justizministerium als „ausländischer Agent“ – der Erhalt ausländischer Finanzmittel – auf die vage Implikation reduziert, unter ausländischem „Einfluss“ zu stehen.¹ Inzwischen genügt es nicht mehr, dem autoritären Kreml allein die Politik zu überlassen und sich sonst still zu verhalten; jetzt muss man ihn ständig unterstützen; der Aufbau eines totalitären Systems beginnt.

In seiner Logik konsequent unterzeichnete Präsident Wladimir Putin am 31. März 2023 ein Dekret über die neue Konzeption der russischen Außenpolitik.² In Absatz 62 werden die USA als „Hauptanreger, Organisator und Hauptvollstrecker der aggressiven Antiruslandpolitik des kollektiven Westens, Quelle der Hauptrisiken für die Sicherheit der Russischen Föderation, der internationalen Welt, der ausgewogenen, gerechten und fortschrittlichen Entwicklung der Menschheit“ bezeichnet. Laut Absatz 49,3 ist der „Stationierung oder Stärkung der militärischen Infrastruktur unfreundlicher Staaten und anderen Bedrohungen der Sicherheit Russlands im nahen Ausland entgegenzuwirken“. Gemeint dürfte die Ukraine sein. Und in Absatz 49,6 wird eine Art Putin-Doktrin formuliert: „Verhinderung und Unterdrückung unfreundlicher Aktionen ausländischer Staaten und ihrer Verbände, die Auflösungsprozesse im nahen Ausland provozieren und Hindernisse für die Ausübung des souveränen Rechts der Verbündete und Partner Russlands auf Vertiefung der umfassenden Zusammenarbeit mit Russland schaffen.“

Laut einer Umfrage des Moskauer Lewada-Zentrums, das vom russischen Justizministerium als „ausländischer Agent“ eingestuft ist, stimmten im Februar 2023 83 % der Bevölkerung der Politik ihres

¹ <https://www.ponarseurasia.org/exodus-russian-repression-and-social-movement/>

² <http://kremlin.ru/events/president/news/70811>

Präsidenten zu.³ Russische Experten gehen davon aus, dass etwa 20 % der Bevölkerung dem Feldherrn Putin zustimmen, dass etwa ebenso viele gegen den Krieg sind und dass 60 % im Stand-by-Modus verharren, was auch kein Wunder ist angesichts der staatlichen Medienzensur. Laut einer Umfrage von April 2022 informieren sich die Menschen in Russland zu 67 % durch das Fernsehen und zu 32 % durch das Internet⁴, hauptsächlich in den Großstädten, auch durch Umgehung der Internetseiten-sperrung über VPN. In Russland und in der Ukraine gibt es viele ethnisch gemischte Ehen, wenn dann Ukrainer ihren russischen Verwandten von den Ermordungen, Verbrechen und Zerstörungen durch die russische Soldateska in der Ukraine erzählen, glauben ihre russischen Verwandten das oft nicht und werfen ihnen ukrainische Propaganda vor. Und manche wollen das auch gar nicht zu genau wissen, weil sie weiterhin zu den Guten gehören möchten. Gegner des Krieges und um nicht eingezogen zu werden, verließen 2022 rund 800.000 Russen ihr Land und gingen - um die wichtigsten zu nennen - nach Kasachstan (146.000), in die Türkei (78.988), nach Georgien (60.000), nach Armenien (42.000) und in die EU (36.282), hauptsächlich in die Baltischen Staaten.⁵

Die Nach-Jelzin-Oligarchen - die vorherigen sind weitgehend nicht mehr da - sind politisch passiv, denn sie verdanken ihren Reichtum ihrer Nähe zu Putin. Fast die Hälfte der 87 russischen Mitglieder der Dollar-Milliardär-Rangliste von Forbes von 2008 verließ in den ersten 48 Stunden nach Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 Russland. 70 russische Milliardäre kamen unter Sanktionen der USA, der Europäischen Union oder Großbritannien, sie wurden dadurch nach Russland „zurückgedrängt“. Der Anteil ihres in Russland befindlichen Vermögens ist gestiegen, was ihre Anhängigkeit von den russischen Behörden erhöht hat.⁶ Öffentliche Kritik am Ukraine-Krieg wäre zumindest wirtschaftlicher Selbstmord. Im letzten halben Jahr kamen Dutzende russische Superreiche durch eigenartige Unfälle ums Leben dort, wo sie sich aufhielten, nicht nur in Russland. Das Magazin „The Atlantic“ nannte dies das „Sudden Russian Death Syndrome“.⁷ Auf der anderen Seite lassen sich manche Oligarchen Vermögenswerte in den von Russland besetzten, wenn auch zerstörten ukrainischen Gebieten übertragen.

Die Verwirrung unter den Eliten wird durch die Tatsache verschärft, dass die meisten von Ihnen den persönlichen Zugang zu Putin, zum Körper, wie die Russen wörtlich übersetzt sagen, verloren haben. Das dadurch entstandene Vakuum füllt der „kollektive Putin“: eine kleine Gruppe, die behauptet, die Wünsche und Absichten des Präsidenten am besten zu verstehen.⁸ Hier wäre z.B. Sergej Kirijenko zu nennen, der unter Präsident Boris Jelzin 1998 für 90 Tage Ministerpräsident war und seit 2016 Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration ist mit der Zuständigkeit für Innenpolitik, von der er in letzter Zeit ein sehr weitgehendes Verständnis entwickelt.⁹

Von den Wirtschaftssanktionen bekommt der durchschnittliche Russe im Alltag nicht viel mit, eine Inflation von 11 % im Februar 2023 wird hingenommen. Wenn z.B. westliche Käsesorten durch schlechtere russische ersetzt werden, stört das nur eine kleine Elite. Sanktionierte westliche Handys z.B. bekommt man trotzdem auf Umwegen über die Türkei oder Kasachstan, die Lieferung dauert nur etwas länger und ist etwas teurer. Wenn die von GAZ gebauten Autos in Nishnij Nowgorod nun wegen der Sanktionen z.B. keine Antiblockiersystem usw. mehr haben, ist das nicht schön, aber hinnehmbar. Nun ging der Ladaproduzent in der Autostadt dazu über, Betriebsferien anzuordnen, weil er nicht mehr genug Teile für die Produktion bekommt.

³ <https://www.levada.ru/indikatory/>

⁴ <https://www.levada.ru/2022/05/20/internet-sotsialnye-seti-i-blokirovki/>

⁵ https://www.fiia.fi/wp-content/uploads/2023/03/bp358_margarita_war-induced-exodus-from-russia.pdf

⁶ https://www.realclearworld.com/2023/03/14/ownership_and_serfdom_887193.html#

⁷ <https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2022/12/russian-tycoon-pavel-antov-dies-putin-ukraine/672601/>

⁸ <https://carnegieendowment.org/politika/89271>

⁹ <https://carnegieendowment.org/politika/89361>

Hinzu kommt die hohe Abhängigkeit eines erheblichen Teils der Bevölkerung vom Staat. „Der Anteil der Sozialleistungen am Einkommen der Menschen ist nach wie vor hoch und übertraf sogar das so-wjetische Niveau vor vier Jahren, in den ersten neun Monaten des Jahres 2022 machten sie 21,7 % des Einkommens aus.¹⁰ Die Frage „Fühlen Sie sich im allgemeinen zuversichtlich für morgen?“ des Lewada-Zentrums vom Januar 2023 beantworteten 26 % mit „ja“ und 38 % mit „eher ja“, also zwei Drittel positiv.¹¹ Es ist nicht von Protestkundgebungen der Bevölkerung gegen Putin auszugehen, zumal sie das brutale Vorgehen der Polizei und der Sicherheitsorganen noch nicht vergessen haben, als diese im Januar 2021 nicht zugelassene Demonstrationen gegen die Verhaftung von Alexej Nawalnij niederschlugen.

Der Gründungsdirektor des Moskauer „Zentrums für Studien zur postindustriellen Gesellschaft“, Wladislaw Inosemzew, bezweifelte in einem ausführlichen Interview mit dem Georgischen Dienst von „Radio Free Europa / Radio Liberty“ am 20. Mai 2022¹², dass Putin jemanden an die Macht bringen werde und dann an der Seitenlinie stehen wolle. „Er wird also mit 99prozentiger Wahrscheinlichkeit im Amt sterben oder vielleicht durch einen internen Putsch entlassen werden.“ In beiden Fällen werde sich der Konflikt innerhalb der russischen Elite nach dem Abgang Putins dramatisch verschärfen.

Ohne Putin

Pessimistische Szenarien

Wladislaw Inosemzew meint, dass das russische Regime in fünf, zehn oder 15 Jahren zusammenbrechen werde, weil es ein sehr personalisiertes Regime sei. „Es wird ein Krieg aller gegen alle sein“, ein „designiertes Nachfolgeszenario“ werde es nicht geben. Russland werde ein anderes Land werden, rückständiger, mit weniger Verbindungen zur Welt, viel isolierter und noch konservativer als vor dem Krieg.“ Russland werde eine Macht werden, die nur rückwärts schaut. „Es will zurück. Es ist das, was ich ein unzeitgemäßes Land nenne, und es wird seine Rückkehr ins Mittelalter beschleunigen.“

Um diesen Gedanken weiterzuentwickeln ist denkbar, dass sich nach dem wie auch immer erfolgten Ausscheiden Putins aus dem Präsidentenamt erst einmal ein Dreier- oder Vierergremium bildet, weil sich die verschiedenen untereinander konkurrierenden Machtgruppen nicht sofort auf einen Nachfolger einigen können. Später wird sich dann eine Führungsfigur durchsetzen, so war es nach dem Tode Josif Stalins am 5. März 1953. Dem damaligen Dreiergremium gehörten der damals für die Landwirtschaft verantwortliche ZK-Sekretär Nikita Chruschtschow, Verteidigungsminister Nikolaj Bulganin und Premier Georgij Malenkow an. Am 7. September 1953 hatte Chruschtschow die anderen beiden herausgedrängt, indem er sich zum Generalsekretär wählen ließ.

In letzter Zeit ist in Moskau zu hören, dass Landwirtschaftsminister Dmitrij Patruschew (seit 2018) Aussichten haben könnte, Putins Nachfolger zu werden. Er ist der 46jährige Sohn des Sekretärs des Sicherheitsrats Nikolaj Patruschew, des Politikers, der wohl den meisten Einfluss auf Putin hat. Er folgte im August 1999 auf Putin als Chef des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, weil Putin von Boris Jelzin zum Premierminister ernannt worden war. Dmitrij Patruschew absolvierte 1999 die Staatliche Managerakademie, 2004 die Diplomatische Akademie des russischen Außenministeriums und 2006 die FSB-Akademie. Stellvertreter im Sicherheitsratsvorsitz, den Putin innehat, ist seit April 2020 Dmitrij Medwedew, der wohl nun für die Rüstungsindustrie verantwortlich ist. Seit Beginn des Ukraine-kriegs fällt er zusehends durch seine aggressiven und ukraine- sowie westfeindlichen Äußerungen auf, die überhaupt nicht zu seinen, Putin leicht korrigierenden Aussagen und Reformanfängen aus seiner Zeit als Präsident von 2008 bis 2012 passen. Offensichtlich meint der 58jährige, sich bemerkbar ma-

¹⁰ <https://carnegieendowment.org/politika/88938>

¹¹ <https://www.levada.ru/2023/02/21/ekonomicheskije-ozhidaniya-v-nachale-2023-goda/>

¹² <https://www.rferl.org/a/russia-putin-analysis-ukraine-inozemtsev-collective-guilt/31859680.html>

chen zu müssen, denn seinen jetzigen Posten gab es vorher nicht, er wurde von Putin extra für ihn geschaffen.

Wladimir Milow, von 2001 bis 2002 Berater des russischen Energieministers und Mitstreiter der russischen Oppositionspolitiker Boris Nemzow (im Februar 2015 in Kremlinähe ermordet) und Alexander Nawalnij (seit Januar 2022 inhaftiert) und - wie auch Inosemzew - ehemaliger Kollege im Advisory Board des früheren EU-Russia Center in Brüssel, entwickelte im Januar 2023 Zukunftsszenarien für Russland.¹³ In seinem Szenario 1 befasste er sich mit der Radikalisierung Russlands nach Putin, die er aus folgenden Gründen für unwahrscheinlich hält:

1. Aufgrund der russischen Geschichte: „Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich die russische Politik im Allgemeinen zu mehr Mäßigung entwickelt – mit Putin als einziger Ausnahme.“ Auf Stalins Tod folgte Chruschtschows Tauwetter, Leonid Breschnew unterzeichnete wegweisenden Rüstungskontrollabkommen mit den USA und 1975 das Helsinki-Abkommen, dann ist Gorbatschows Perestrojka zu nennen, die der Putsch 1991 nicht aufhalten konnte, und schließlich folgte Boris Jelzin.
2. Es gebe in der russischen Gesellschaft so gut wie keine öffentliche Nachfrage nach Radikalisierung. Die öffentliche Unterstützung für Putin basiere immer auf der Vorstellung, sich den Aussichten auf eine Machtübernahme radikalerer Kräfte zu widersetzen.
3. „Putins Eliten sind überwiegend opportunistisch und Hardliner-„Ayatollas“ wie der Sekretär des Sicherheitsrat, Nikolaj Patruschew, sind eine Minderheit.“

Er fasste seine Überlegungen folgendermaßen zusammen: „Es gibt zwar radikale Kräfte im modernen politischen Spektrum Russlands, aber für sie wird es extrem schwierig sein, erstens die Macht in den Griff zu bekommen angesichts des begrenzten bewaffneten Personals und der mangelnden Neigung der Gesellschaft, Radikale zu unterstützen; und zweitens Russland zu jeder Art von politischem, sozialem und wirtschaftlichen Erfolg zu führen - ihr Gegenwird wird enorm sein, während ihre Ressourcen für die Aufrechterhaltung eines radikalen Regimes sehr begrenzt sind.“

Optimistische Szenarien

Milow nannte seine Alternativüberlegung für Russland „Demokratischer Wandel“ mit folgender Begründung:

1. Es sei sehr seltsam anzunehmen, dass eine Nation, die nach einem gescheiterten Versuch nicht in der Lage sei, eine funktionierende Demokratie aufzubauen, dies nie wieder tun zu können.
2. Historisch gesehen habe die russische Gesellschaft immer nach Demokratie gestrebt, nur um dann von brutalen Diktaturen unterdrückt zu werden. Das galt in der russischen Geschichte für den kurzen Übergangsversuch zu einer parlamentarischen Republik nach dem Sturz des Zaren im Februar 1917 bis zur bolschewistischen Oktoberrevolution desselben Jahres und für Gorbatschows Perestrojka-Zeit.
3. Die echte Bottom-up-Forderung der russischen Gesellschaft nach Demokratie sei nie verschwunden. Nach der Abschaffung 2004 durch Putin unterstützten zwei Drittel der Russen 2012 die Wiedereinführung der direkten Wahl der Gouverneure, der Bürgermeister und der Bezirksvorsteher ohne administrativen „Filter“. Als zweites Beispiel führte Milow die tagelangen Massenproteste im fernöstlichen Chabarowsk gegen die Entlassung und Verhaftung des wiedergewählten Oppositionsgouverneurs Sergej Furgal im Juli 2020 an. Die Menschen hatten 2018 für ihn gestimmt, um die Dominanz der Machtpartei „Einiges Russland“ am Stillen Ozean zu demontieren.

¹³ https://libmod.de/wp-content/uploads/Milov_Domanska_PolicyPaper_RussiasFuture48.pdf

Milow fasste zusammen: Es gebe in Russland keine nennenswerten politischen Kräfte, die für die Abschaffung der Demokratie eintreten. Das System Putin sehe nicht so aus, als wäre es in der Lage, die Überreste der demokratischen Institutionen vollständig zu demontieren, Putin weiß, dass das die Bevölkerung nicht begrüßen würde.

Milow trat der Meinung entgegen, die von Putin und anderen vertreten wurde, dass ohne ihn Russland zerfällt. Das werde nicht geschehen, denn

1. Unterscheide sich die Situation grundlegend vom Zusammenbruch der UdSSR und dem heutigen Russland. Die Sowjetunion löste sich auf als Resultat der Unabhängigkeitsbestrebungen der nicht-russischen Ethnien, die in der Vergangenheit ihre eigene unabhängige Staatlichkeit erlebt hatten. In Russland hatte in der jüngeren Vergangenheit keine Region eine unabhängige Staatlichkeit – und es würde eine offensichtliche Herausforderung sein, eine solche zu etablieren.
2. Die Republiken, die anfällig wären für separatistische Tendenzen wie z. B. Tatarstan, liegen innerhalb Russlands und haben keinen Zugang zum Meer. Am Rande Russlands gelegene Territorien, die Interesse an einer Abspaltung haben könnten wie das Gebiet Kaliningrad (ehemals Königsberg) und die kaukasischen Republiken machen rund ein Prozent des russischen Territoriums aus. Und die Regionen östlich des Urals haben nicht genügend politische und wirtschaftliche Macht, um der chinesischen Dominanz entgegenzuwirken, und sie würden unweigerlich Vasallen Pekings werden.
3. Die regionalen Grenzen innerhalb Russlands seien künstlich gezogen und international nicht anerkannt, im Gegensatz zu den Grenzen der ehemaligen Sowjetrepubliken.